



**Geschäftsführung
Wirtschaftsausschuss**

Frau Kleindienst

Telefon: (0221) 221-35591

Fax: (0221) 221-22344

E-Mail: Ulrike.Kleindienst@stadt-koeln.de

Datum: 29.11.2021

Niederschrift

**über die 6. Sitzung des Wirtschaftsausschusses in der Wahlperiode 2020/2025
am Donnerstag, dem 18.11.2021, 17:10 Uhr bis 18:10 Uhr, Rathaus Spanischer
Bau, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)**

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Volker Görzel	FDP
Frau Sandra Schneeloch	GRÜNE
Frau Bürgermeisterin Brigitta Bülow von	GRÜNE
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Mario Michalak	GRÜNE
Frau Berit Blümel	Auf Vorschlag der SPD
Herr Jörg van Geffen	Auf Vorschlag der SPD
Frau Claudia Heithorst	CDU
Frau Monika Roß-Belkner	CDU
Herr Vedat Akter	Auf Vorschlag der LINKEN
Herr Robert Glashagen	Auf Vorschlag von Volt

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Sven Kaske	SPD
Herr Niklas Kienitz	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Ahmet Türe	Auf Vorschlag der AfD
Frau Lara Hölzer	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Wolfgang Jehle	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Patrick Kopischke	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Sebastian Bucher	Auf Vorschlag von SPD
Herr Dr. Witich Roßmann	Auf Vorschlag von SPD

Herr Florian Schuster	Auf Vorschlag von SPD
Herr Silvio Crapis	Auf Vorschlag von CDU
Herr Nicolai Lucks	Auf Vorschlag von CDU
Frau Anja Senff	Auf Vorschlag von FDP
Herr Uli Kessel	Auf Vorschlag von FDP
Herr Benedict Conrad	Auf Vorschlag von Volt
Frau Nicola Dichant	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Martina Dietrich	Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Vivian Berhane	Auf Vorschlag des Integrationsrates
---------------------	-------------------------------------

Verwaltung

Herr Michael Josipovic	Dezernat Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales -Stabsstelle Wirtschaftsförderung-
Frau Marlies Knodel	Dezernat Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales -Stabsstelle Wirtschaftsförderung
Herr Leander Schulte	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Josef Breuer	Amt für öffentliche Ordnung
Frau Tina Herzberg	Amt der Oberbürgermeisterin
Herr Dr. Manfred Janssen	KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH

Schritfführerin

Frau Ulrike Kleindienst	Dezernat Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales -Stabsstelle Wirtschaftsförderung-
-------------------------	---

Presse

-/-

Zuschauer

-/-

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dirk Michel	CDU
Frau Lisa Steinmann	SPD

Beratende Mitglieder

Herr Walter Wortmann	Die FRAKTION
Frau Astrid Kraus	Auf Vorschlag von DIE LINKE

Herr Alf Spröde	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Herr Christophe Twagiramungu Mugabowindekwe	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Dr. Dr. Rainer Broicher	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dirk Bachhausen	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Herr Paul Intveen	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Peter Mülhens	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Görzel, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und des städtischen Unternehmens. Er informiert, dass er die Sitzungsleitung übernehme, da Herr Michel aus terminlichen Gründen verhindert sei. Des Weiteren merkt er an, dass Herr Josipovic die Verwaltung vertrete, da Herr Beigeordneter Greitemann an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könne.

Herr Görzel weist darauf hin, dass auf den Sitzplätzen der Vordruck der Einverständniserklärung – Auskunft zur Immunisierung (Impfung oder Genesung) liege und bittet den Vordruck ausgefüllt und unterzeichnet der Schriftführerin zur Verfügung zu stellen.

Der stellvertretende Vorsitzende erläutert zur Tagesordnung, dass folgende Ergänzungen bzw. Tischvorlagen vorliegen:

I. Öffentlicher Teil

1.2 Umgestaltung Ehrenstraße
zurückgestellt

1.3 Maßnahmen zur Durchführung der Weihnachtsmärkte

zu 3.2 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke. betr.: "Impuls für klimaneutrales Wachstum und zusätzliche Beschäftigung" (AN/1823/2021)
3425/2021
Tischvorlage

Zu 6.1 Anlage 10 – Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen) vom 08.11.2021 – „Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ (1987/2021)
(zugesetzt)

11.1 Kölner Statistische Nachrichten – 17/2021
Gastgewerbe und Tourismus
Beschäftigungsentwicklung in Köln und im Regionalvergleich 2010 bis 2020
3910/2021
(zugesetzt)

15.2 Sachbericht 2020 zur Umsetzung des Kommunalen Programms für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit (KomProArBeit)
3720/2021
(zugesetzt)

16.1 Beschluss der Bezirksvertretung Nippes per Dringlichkeit Erhalt der Fläche des derzeitigen Golfplatzes an der Neusser Landstraße als Grünfläche
Vorlagen-Nummer 2122/2021
2361/2021
(zugesetzt)

Der Wirtschaftsausschuss erklärt sich mit der so geänderten Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Präsentation, anschließend Meinungsaustausch

- 1.1 Sofortprogramm Innenstadt, Bericht zurückgestellt
- 1.2 Umgestaltung Ehrenstraße zurückgestellt
- 1.3 Maßnahmen zur Durchführung der Weihnachtsmärkte

2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 2.1 Ergebnisbericht und Dokumentation des Programms Mentegra: Betriebliches Mentoring für qualifizierte geflüchtete Frauen zur beruflichen Integration 3634/2021

3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betr.: "Werbung für den Tourismus in Köln" AN/1720/2021

Beantwortung der Anfrage - KölnTourismus GmbH: "Werbung für den Tourismus in Köln" (AN/1720/2021)
3530/2021

- 3.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betr.: "Impuls für klimaneutrales Wachstum und zusätzliche Beschäftigung" AN/1823/2021

Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke. betr.: "Impuls für klimaneutrales Wachstum und zusätzliche Beschäftigung" (AN/1823/2021)
3425/2021

- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung**
- 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 6 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen**
- 6.1 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“
1987/2021
- 7 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante Angelegenheiten**
- 8 Marktwesen**
- 9 "koeln.de"**
- 10 Medien- und Internetwirtschaft in Köln**
- 11 Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation**
- 11.1 Kölner Statistische Nachrichten – 17/2021
Gastgewerbe und Tourismus
Beschäftigungsentwicklung in Köln und im Regionalvergleich 2010 bis 2020
3910/2021
- 12 Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung**
- 13 Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)**
- 14 Wirtschaftsrelevante Angelegenheiten städtischer Unternehmen**
- 15 Mitteilungen**
- 15.1 Fortsetzung der Förderung der Kommunalen Koordinierungsstelle Übergang Schule Beruf Köln / KAoA aus dem ESF NRW bis 2027
2847/2021
- 15.2 Sachbericht 2020 zur Umsetzung des Kommunalen Programms für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit (KomProArBeit)
3720/2021

16 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 16.1 Beschluss der Bezirksvertretung Nippes per Dringlichkeit Erhalt der Fläche des derzeitigen Golfplatzes an der Neusser Landstraße als Grünfläche
Vorlagen-Nummer 2122/2021
2361/2021

17 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

18 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

19 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

20 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

21 Wirtschaftsrelevante Angelegenheiten städtischer Unternehmen

22 Mitteilungen

23 Allgemeine Beschlussvorlagen

24 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Präsentation, anschließend Meinungsaustausch

1.1 Sofortprogramm Innenstadt, Bericht

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Görzel, merkt an, dass Frau Scholz vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen werde und stellt die Angelegenheit zurück.

1.2 Umgestaltung Ehrenstraße

Der Wirtschaftsausschuss stellt die Angelegenheit zurück.

1.3 Maßnahmen zur Durchführung der Weihnachtsmärkte

Herr Breuer, Amt für öffentliche Ordnung, informiert, dass die Weihnachtsmärkte – in Zeiten steigender Coronazahlen - stattfinden werden. Er berichtet, dass die ersten heute und die großen Weihnachtsmärkte am Montag öffnen werden und dass der Krisenstab der Stadt Köln erst letzten Freitag entschieden habe, unter welchen Sicherheitsvorkehrung (2G-Regelung und Kontrollen der Nachweise) sie stattfinden. Er macht darauf aufmerksam, dass die sogenannte 2G-Regelung nicht in der aktuellen Coronaschutzverordnung des Landes vorgesehen sei (3G bei großen Weihnachtsmärkten und keine Regelung für kleinere), und die Verwaltung habe - bzgl. der strengerer Regelungen - das Einverständnis des Gesundheitsministeriums benötigt. Er äußert, dass das Land seine Zustimmung erteilt habe, so dass die Allgemeinverfügung veröffentlicht werden konnte, und das Land angekündigt habe, die Coronaschutzmaßnahmen dahingehend zu modifizieren, damit diese 2G-Regelung in ganz Nordrhein-Westfalen Anwendung finde. Des Weiteren informiert er über die sehr konstruktiven Gespräche mit den Betreibern der Weihnachtsmärkte und deren Vorschläge zur Umsetzung der regelmäßigen Stichprobenkontrollen an den Ständen (z. B. durch ein Stempelsystem, bei dem nur einmalig kontrolliert werden müsse sowie der Einsatz von zusätzlichem Personal). Er merkt an, dass auch das Ordnungsamt auf den Märkten, neben der Polizei, kontrolliere und in der Lage sei, evtl. Verstöße mit einem Bußgeld zu belegen. Abschließend hoffe er, das Köln auf dieser Basis gewährleisten könne, dass Besucher*innen die Weihnachtsmärkte erleben dürfen, da eine 100prozentige Kontrolle nicht möglich sei und deshalb setze die Verwaltung auf „Vernunft und Abschreckung“.

Frau Schneeloch fragt, ob Stichprobenkontrollen wirklich ausreichend seien, da sie diese als nicht ausreichend empfinde.

Herr Breuer berichtet, dass für 30 Weihnachtsmärkte in Köln eine gemeinsame Regelung geschaffen worden sei. Er informiert, dass die Verwaltung die Betreiber der 11 kleineren Weihnachtsmärkte darum gebeten habe, sofern dies möglich sei, sie einzuzäunen und Eingangskontrollen an den Eingängen zu organisieren. Er gebe zu, dass dies das beste System sei, aber auf den anderen Märkten sei dies schwieriger, da es zu einem Rückstau kommen könnte, und das hätte wiederum Auswirkungen auf die

Verkehrssituation. Er weist darauf hin, dass das Land auch nur Stichproben vorgesehen habe.

Herr Michalak bedankt sich für die Ausführungen und informiert über das Armbändchen-System, dass in Salzburg praktiziert werde. Er fragt, ob dies nicht auch für Kölner Märkte etabliert werden könne plus der Kontrollen.

Herr Breuer äußert, dass seit Freitag nicht viel Zeit gewesen sei zu überlegen, wie eine 2G-Regelung in Köln umgesetzt werden könne, und er sei jetzt froh darüber, dass eine gemeinsame Lösung mit den Betreibern gefunden wurde. Er weist darauf hin, dass Köln schon eine andere Größenordnung - mit einigen Besonderheiten - sei, aber er nehme die Anregung gerne mit.

Frau Roß-Belkner bedankt sich für den Bericht und begrüßt, dass es Klarheit darüber gebe, dass die Märkte unter der 2G-Regel stattfinden. Sie weist darauf hin, dass die beiden Nachfragen gezeigt hätten, dass der kritische Moment die Kontrollen zu sein scheinen. Des Weiteren gehe sie davon aus, dass auf den Weihnachtsmärkten, die ja im freien stattfinden, Maskenpflicht gelte und das sollte auch so kommuniziert werden.

Herr Breuer äußert dazu, dass unter Punkt 6 der Allgemeinverfügung stehe, dass dringend angeraten werde auf den Weihnachtsmärkten eine Maske zu tragen, aber dies habe die Verwaltung nicht verpflichtend angeordnet, da die Landescoronaverordnung dies nicht vorsehe. Er merkt an, dass das System der Weihnachtsmärkte durch das Ordnungsamt kontrolliert werde, da jede Regel davon lebe, dass sie akzeptiert und kontrolliert werde.

Herr Jehle bedankt sich für die Ausführungen und nimmt zwei Sachen mit, dass die Verwaltung auf das Prinzip „Hoffnung“ setze und auf eine systematische Kontrolle des 2G-Zugangs verzichte. Er äußert, dass er dies für unverantwortlich halte, und dass das Ergebnis dann im Januar oder Februar zu sehen sei.

Herr Breuer weist die Aussagen von Herrn Jehle zurück und erläutert, dass die Stadt Köln das umsetze, was es im Moment im Land noch nicht gebe und ab nächste Woche geben werde. Er ist der Auffassung, dass die Auflagen für die Weihnachtsmärkte alles andere als „wage“ oder „ineffektiv“ seien.

Herr Schuster äußert zum Thema Verlässlichkeit - auch im Sinne seines Vorredners -, dass solche Bilder wie am 11.11. auf der Zülpicher Straße verhindert werden müssten. Des Weiteren fragt er, ob denn mit den Händlern diese Stichproben und Konzepte so spezifisch vereinbart wurden, dass sie auch kontrollierbar seien.

Herr Breuer informiert, dass von den Betreibern der großen Weihnachtsmärkte jeder ein Konzept vorgelegt habe, indem beschrieben sei, wie die Kontrolleure aussehen, wie viele es seien und wie die Kontrollen durchgeführt werden. Des Weiteren habe die Verwaltung ein Berichtssystem verlangt, wonach der Verwaltung täglich mitgeteilt werde, wie viele Kontrollen durchgeführt und welche Besonderheiten es gegeben habe, damit hier ggf. nachgesteuert werden könne.

Herr Michalak merkt an, dass das Ganze momentan ein „fragiles Gebilde“ sei, bei dem es um Akzeptanz und das stattfinden der Weihnachtsmärkte gehe. Er weist darauf hin, dass es auch darum gehe, dass die Besucher*innen der Weihnachtsmärkte sich sicher fühlen, und dazu trügen wohl die Kontrollen und Ahndungen bei. Er ist der Auffassung, dass es von äußerster Wichtigkeit sei, dass am Anfang sehr viel kontrolliert und dies auch in der Presse kundgetan werde, um damit die entsprechende Botschaft zu senden („Köln ist streng, weil Köln den Besucher*innen Sicherheit garantieren möchte und gleichzeitig auch den Händlerinnen und Händlern auf den Märkten,

damit sich für sie die Möglichkeit biete Einnahmen zu erzielen.“). Er fragt, ob die Verwaltung dies auch so sehe.

Herr Breuer äußert, dass er die Einschätzung teile und die Verwaltung dies genauso im Blick habe. Er informiert, dass eine entsprechende Berichterstattung über die Medien am Montag erfolgen werde.

Herr Akter weist darauf hin, dass er die Anmerkungen der Kollegen und Kolleginnen teile und fragt, ob es nicht möglich gewesen sei, mit den Weihnachtsmarktbetreibern eine 2G Plus-Regelung zu vereinbaren, um damit noch mehr Sicherheit zu gewährleisten.

Herr Breuer verweist auf die landesweite 2G Regelung für die Weihnachtsmärkte und erinnert an die im Vorfeld geführten Diskussionen, ob nicht doch – aufgrund der hohen Inzidenzwerte – die Märkte abgesagt werden müssen.

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Angelegenheit zur Kenntnis.

2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2.1 Ergebnisbericht und Dokumentation des Programms Mentegra: Betriebliches Mentoring für qualifizierte geflüchtete Frauen zur beruflichen Integration 3634/2021

Herr Michalak äußert, dass dies der dritte Ausschuss sei, indem er das Programm loben müsse. Er weist darauf hin, dass bedingt durch Corona leider nur sieben Personen gefördert worden seien, aber es gebe die mündliche Zusage, dass das Programm weitergeführt werde. Sein Anliegen sei, dass das Programm wieder mit Fördermitteln bestückt werde und darauf solle die Politik - nach den Landtagswahlen - drängen.

Frau Blümel informiert, dass ihr das Programm auch sehr am Herzen liege, da sie sich für Geflüchtete auch im Mentoringprogramm engagiere. Sie äußert, dass die Zahl sieben schon sehr traurig sei und noch viel trauriger die Tatsache, dass nur eine Teilnehmerin tatsächlich einen Arbeitsplatz gefunden habe. Sie merkt an, dass das Programm in der Effektivität nachgeschärft werden müsse.

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Angelegenheit zur Kenntnis.

3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betr.: "Werbung für den Tourismus in Köln" AN/1720/2021

**Beantwortung der Anfrage - KölnTourismus GmbH: "Werbung für den Tourismus in Köln" (AN/1720/2021)
3530/2021**

Herr van Geffen bedankt sich für die Beantwortung und hat folgende Nachfrage zur Frage 5 der Anfrage AN/1720/2021:

„Die Beantwortung zu Frage 5 umfasst leider nur die Kontingente auf City- und Mega-Lights. Bitte stellen Sie auch den grundsätzlich verfügbaren Umfang und die tatsächliche Nutzung der weiteren, sich aus dem Werbenutzungsvertrag (inkl. Nachtrag) ergebenden Möglichkeiten für Eigenwerbung (insb. §13) und Kulturwerbung (insb. §14) für den genannten Zeitraum dar. Welcher Anteil des tatsächlich genutzten Umfangs wurde in den einzelnen Jahren direkt oder mittelbar zur Förderung des Kölner Tourismus genutzt?“

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Angelegenheit zur Kenntnis und bittet um schriftliche Beantwortung der mündlichen Nachfrage.

3.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betr.: "Impuls für klimaneutrales Wachstum und zusätzliche Beschäftigung" AN/1823/2021

Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke. betr.: "Impuls für klimaneutrales Wachstum und zusätzliche Beschäftigung" (AN/1823/2021) 3425/2021

Herr Akter bedankt sich für die Beantwortung und hat folgende Nachfragen zu den Fragen 2 und 5 der Anfrage AN/1823/2021:

2. Mit welchen internen Verwaltungsmaßnahmen und externen Maßnahmen unterstützt die Stadt Köln die Ansiedelung von Unternehmen, Gewerbetreibenden und Selbständigen im Bereich des Ausbaus von Photovoltaik und Windkraft?

Stellungnahme KölnBusiness

Der Unternehmensservice von KölnBusiness begleitet die Unternehmen im gesamten Ansiedlungsprozess, vermittelt städtische sowie private Flächen und unterstützt in den notwendigen Genehmigungsverfahren. Eine Nachfrage der umsetzenden (handwerklichen) Unternehmen, etwa aus dem Bereich der Elektrotechnik, ist gegeben.

Nachfrage zu Frage 2:

In Ihrer Antwort steht allgemein die KölnBusiness unterstützt Unternehmen. Wir wollten ja gerne erfahren, mit welchen konkreten Verwaltungsmaßnahmen und externen Maßnahmen sie die Ansiedlung von Unternehmen im Bereich der Erneuerbaren Energien (EE) unterstützen. Und was bedeutet der Satz: "Eine Nachfrage der umsetzenden (handwerklichen) Unternehmen, etwa aus dem Bereich der Elektrotechnik, ist gegeben."?

Wir wollten hier etwas ausführlicher wissen, ob es Anfragen von Unternehmern, Projektierern in diesem Bereich der EE gibt und wenn ja, wie unterstützen Sie diese und wenn nein, welche Rahmenbedingungen sollte die Stadt / in ihrem Auftrag die Verwaltung schaffen, damit solche Ansiedlungen möglich werden?

5. Welche Bundes- und Landesmittel können die Verwaltung, bzw. Dritte im Auftrag für die Stadt für den Ausbau von regenerativen Energien nutzen und werden entsprechende Anträge gestellt?

Nachfrage zu Frage 5:

Vielen Dank für ihre ausführliche Antwort. Hier ist eine Auflistung von z.T. bekannten Fördermaßnahmen aufgeführt. Wir wollten aber insbesondere wissen, ob die Stadt Köln selber oder Dritte im Auftrag der Stadt Köln für den Ausbau der EE Fördermittel beantragt haben, um diesen zeitnah voranzubringen.

Interessant wäre in diesem Zusammenhang auch die Frage, ob die Stadt Köln plant, für den Ausbau der EE neben der RheinEnergie auch private Unternehmen in diesem Bereich zu beauftragen, um die Klimaziele zu erreichen.

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Angelegenheit zur Kenntnis und bittet um schriftliche Beantwortung der mündlichen Nachfragen.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

6 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen

6.1 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ 1987/2021

Frau Bürgermeisterin von Bülow merkt an, dass nicht alle Ergebnisprotokolle der Ausschüsse, die sich mit der Angelegenheit befassen, hier vorliegen. Sie weist auf die intensive Diskussion bzgl. der Inhalte (z. B. der Begriff Kunst und Kultur sowie der Ziele, die in der Stadtstrategie gar nicht erst vorkommen) im Ausschuss Kunst und Kultur hin und die Bitte des Ausschusses einiges nachzubessern. Sie informiert, dass selbst das Thema „Klimaneutralität“ recht stiefmütterlich behandelt werde und von den Ratsbeschlüssen abweiche. Aus diesem Grund bitte sie die Angelegenheit heute nicht zu beschließen, sondern ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Der Wirtschaftsausschuss verweist die Angelegenheit einstimmig ohne Votum in den Rat.

7 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante Angelegenheiten

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

8 Marktwesen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

9 "koeln.de"

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

10 Medien- und Internetwirtschaft in Köln

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

11 Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation

11.1 Kölner Statistische Nachrichten – 17/2021 Gastgewerbe und Tourismus Beschäftigungsentwicklung in Köln und im Regionalvergleich 2010 bis 2020 3910/2021

Herr Bucher merkt an, dass das eine sehr interessante statistische Erhebung sei, und fragt, warum andere Städte besser oder schlechter als Köln abschneiden würden. Er macht darauf aufmerksam, dass die Vorlage der Versuch einer Interpretation sei, sie gehe aber den Ursachen nicht auf den Grund. Abschließend fragt er, ob coronabedingt die Strukturen zerstört seien oder in welchem Maße man davon ausgehen könne, dass die Beschäftigung nach der Pandemie wieder aufgebaut werde. Er weist darauf hin, dass dies für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sei.

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Angelegenheit zur Kenntnis.

12 Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

13 Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

14 Wirtschaftsrelevante Angelegenheiten städtischer Unternehmen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

15 Mitteilungen

15.1 Fortsetzung der Förderung der Kommunalen Koordinierungsstelle Übergang Schule Beruf Köln / KAoA aus dem ESF NRW bis 2027 2847/2021

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Angelegenheit zur Kenntnis.

15.2 Sachbericht 2020 zur Umsetzung des Kommunalen Programms für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit (KomProArBeit) 3720/2021

Herr Jehle merkt an, dass er aus dem ausführlichen Bericht entnommen habe, dass im Jahr 2020 Kosten i. H. von 600.000 Euro angefallen und damit 91 Menschen gefördert sowie 88 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen worden seien. Er ist der Auffassung, dass dies ein hervorragendes Ergebnis sei und bittet deshalb um Prüfung, ob das Programm nicht auf eine breitere Ebene aufgestellt und ausgeweitet werden könne.

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Angelegenheit zur Kenntnis.

16 Allgemeine Beschlussvorlagen

16.1 Beschluss der Bezirksvertretung Nippes per Dringlichkeit Erhalt der Fläche des derzeitigen Golfplatzes an der Neusser Landstraße als Grünfläche Vorlagen-Nummer 2122/2021 2361/2021

Frau Karadag schlägt vor, die Vorlage - wegen laufender Gespräche - ohne Votum - in den Rat zu verweisen.

Frau Roß-Belkner äußert, dass sie sich dem Vorschlag von Frau Karadag gerne anschließe. Sie bittet aber um nähere Informationen in der Angelegenheit durch die Wirtschaftsförderung oder KölnBusiness, damit dies in die weitere Beratung einfließen könne. Abschließend weist sie darauf hin, dass dem Ausschuss daran gelegen sei, in Köln möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu erhalten.

Herr Josipovic, Dezernat Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales, Stabsstelle Wirtschaftsförderung, merkt an, dass es hier um die Frage gehe, wie mit planerisch ausgewiesenen und nur sehr spärlich vorhandenen Gewerbe- und Industrieflächen umgegangen werde. Er berichtet, dass aufgrund der erhöhten Flächen- nachfrage von Unternehmen die noch zur Verfügung stehenden Gewerbe- und Industrieflächen durch die Verwaltung noch genauer betrachtet werden und im konkreten Fall handle es sich nicht um ein Logistik-Unternehmen, dass ca. 200 LKW- Parkplätze realisieren wolle, sondern um ein Unternehmen der Kunststoff- und Verpackungindustrie, das dort 200 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen wolle. Er äußert, dass dies der Grund für die Kündigung des Pachtvertrages des Golfclubs durch die Liegenschaftsverwaltung gewesen sei, allerdings mit der Zusage an den Club, die Fläche bis zur Realisierung der Planung nutzen zu können und dem Angebot eines Alternativstandortes im Kölner Norden, der planungsrechtlich als Golfplatz ausgewiesen sei. Er informiert, dass der Golfclub den Alternativstandort abgelehnt habe. Er weist darauf hin, dass es hier einen klassischen Interessenskonflikt gebe, der für den Wirtschaftsausschuss im Interesse der Arbeitsplätze eindeutig sein müsse, weil die Alternative „Golfclub“ keine wirtschaftliche Relevanz habe. Abschließend stellt er fest, dass die Wirtschaftsförderung sowie die KölnBusiness die Position beziehe, dass die wenigen planerisch ausgewiesenen Industrie-/Gewerbeflächen in Köln auf keinen Fall aufgegeben werden dürfen. Er bittet den Wirtschaftsausschuss den Beschlussvor-

schlag der Verwaltung - zur Entwicklung der Fläche als Gewerbe- und Industriefläche - zu beschließen.

Herr Kienitz fragt nach, ob in näherer Umgebung keine GI-Ausweichflächen für den Betrieb – bei dem es sich wohl um eine Betriebserweiterung handele - zur Verfügung stehe und ob er die angebotene Ausweichfläche im Kölner Norden für den Golfplatz im öffentlichen Teil genau benennen könne.

Herr Josipovic merkt an, dass er keine Aussage bzgl. der genauen Fläche hier machen könne. Er weist darauf hin, dass die Benennung der genauen Fläche aus der Beantwortung einer Anfrage der Verwaltung an die Bezirksvertretung Nippes im September zu entnehmen sei. Des Weiteren informiert er, dass das Unternehmen nicht direkt in der Nachbarschaft, sondern im weitesten Sinne im nördlichen Bereich sei und dort eine neue Sparte eröffnen werde.

Der Wirtschaftsausschuss verweist die Angelegenheit einstimmig ohne Votum in den Rat.

17 Mündliche Anfragen

17.1 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beantwortung „Literaturfestival lit.COLOGNE – Förderung durch die Stadt Köln“ (3362/2021)

Frau Karadag fragt nach dem Zuschussbetrag, der an die lit.COLOGNE in 2020 für welchen Zweck ausgekehrt worden sei und sie bzw. die Fraktion hätten gerne eine Zahl und einen Zweck. Des Weiteren fragt sie nach dem Betrag der in 2021 an die lit.COLOGNE ausgekehrt wurde und welcher in Aussicht gestellt worden sei. Sie merkt an, dass es bei dieser Nachfrage um die Liquiditätsflüsse an die lit.COLOGNE gehe.

Herr Josipovic, Dezernat Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales, Stabsstelle Wirtschaftsförderung, äußert, dass die Beantwortung der Nachfrage schriftlich erfolge.

17.2 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion betr.: „ Sachstand Frischezentrum in Köln-Marsdorf“

Herr van Geffen merkt an, dass er nach den Gesprächen im Begleitgremium Frischezentrum eigentlich davon ausgegangen sei, dass dieser Beratungslauf entsprechende Vorlagen von der Verwaltung zur Beschlussfassung erreiche, insbesondere zur Frage des Betreibermodells. Er fragt deshalb nach dem aktuellen Sachstand in der Angelegenheit, wann mit Vorlagen zu rechnen sei und wann Entscheidungen getroffen werden.

Herr Josipovic, Dezernat Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales, Stabsstelle Wirtschaftsförderung, äußert, dass die Beantwortung der Nachfrage schriftlich erfolge.

Herr Görzel weist darauf hin, dass das Thema Großmarkt sicherlich eins der Themen sei, die diesen Ausschuss in den letzten Monaten sehr intensiv beschäftigt habe. Er wünscht sich zeitnahe Informationen in der Angelegenheit und bittet dies an Herrn Beigeordneten Greitemann weiterzuleiten.

Herr Dr. Janssen merkt an, dass die politische Beschlusslage etwas widersprüchlich sei und dies lasse sich nicht in allen Punkten - auf der genannten Zeitschiene - umsetzen. Er berichtet, dass die Runde zum Interessenausgleich durch die KölnBusiness neu ins Leben gerufen worden sei, um dort die Parteien ins Gespräch zu bringen, die im Rahmen der Möglichkeiten sehr konstruktiv seien. Er informiert, dass es einen Workshop geben werde, in dem es um die Fragen des Betreiberkonzeptes gehe, zu dem die Verwaltung kurzfristig einladen werde. Des Weiteren sei am 7. Dezember eine weitere Sitzung des Workshops geplant.

Herr van Geffen fragt nach, ob es denn eine Vorlage für den im Dezember stattfindenden Rat geben werde, denn dann müsse eine Sondersitzung des Gremiums anberaumt werden. Er weist bzgl. der Äußerung zur „widersprüchlichen Beschlusslage“ darauf hin, dass der Rat der Stadt Köln in 2018 beschlossen habe, dass das Frischezentrum in Köln-Marsdorf entstehen solle. Des Weiteren seien sich doch alle betroffenen Akteure darüber einig, dass das bis spätestens Ende 2025 passieren müsse, da dann das Grundstück für die „Parkstadt Süd“ frei sein muss. Er fragt, ob sich an diesem Sachverhalt irgendetwas geändert habe.

Herr Dr. Janssen äußert, dass alle Beteiligten im Rahmen eines Workshops die Dinge zusammenführen und gleichzeitig versuche die Verwaltung weiterhin die Beschlusslage bis Ende des Jahres herbeizuführen, d. h. eine evtl. Beschlusslage bis Ende des Jahres und durch die noch zu leistenden Vorarbeiten erfolge die inhaltliche Fundierung dann erst in den nächsten Monaten.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Görzel, schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Görzel
(stellvertr. Vorsitzender)

gez. Kleindienst
(Schriftführerin)